



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
am 12. Juni 2012  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Stefan Spallek**

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr**

**Ende: 18:35 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 18/12, 19/12, 20/12)

(Drucksachenband 167)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0045 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Enth. Linke&Piraten

### 0046 Genehmigung der Niederschrift vom 02.05.2012

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 02.05.2012 wird genehmigt.

Einstimmig

### 0047 12-A-21-0001

Projekt "Integrationsassistenten Wiesbaden"  
HIER: Vorstellung des Projektes durch Frau Pintus

Frau Pintus und Frau Vilgelmi (Integrationsamt) stellen in einer Power-Point-Präsentation die Arbeit der Integrationsassistenten vor.

Die Präsentation ist Anlage zu dieser Niederschrift.

Stv. Apel wünscht sich, dass das Projekt weitergeführt wird. Die Kosten für die Einsatzstunde eines Assistenten ist klar definiert - Anwaltskosten wären im Bedarfsfall höher. Bedauerlich sei nur, dass es für den Einsatz eines Anwalts Berechtigungsscheine gibt, nicht aber für die Nutzung der Assistenten.

Auf Nachfrage von Stv. Dr. Wittkowski erklärt Frau Vilgelmi dass sie sich eine Vorlaufzeit von einer Woche für die Vergabe von Terminen wünschen. Man stelle meist 3 bis 4 Termine zur Auswahl, weil die meisten Assistenten berufstätig oder Studenten seien. Absagen kommen nur sehr selten vor. Man versuche auch, kurzfristige Anfragen zu realisieren.

Stv. Schickel berichtet, dass es nach wie vor große Verunsicherung beim Bürger im Umgang mit Behörden gäbe. Er fragt nach, wie man die Tätigkeit der Assistenten bei Migranten/innen bekannt machen könne.

Frau Pintus berichtet, dass man es in Kollegenkreisen bekannt machen würde (Polizei, Ausländerbehörde, Amt für Soziale Arbeit usw.). Auftraggeber seien ausschließlich Einrichtungen. Es gäbe z. B. Intergrationslotsen in Biebrich - das war aber ein anderer Ansatz. In anderen Städten gäbe es z. B. Sprach- und Integrationsbegleiter oder Integrationslotsen.

Ansonsten würde sich der Einsatz herumsprechen z. B. über Migra Mundi. Vorstellbar sei, die Arbeit zu erweitern, Bedarf gäbe es in breiterem Rahmen.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 12. Juni 2012**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Frau Vilgelmi bestätigt, dass Kubis (Beauftragung als Begleitung) und die kommunale Arbeitsvermittlung häufig um Unterstützung nachsuche.

Stv. Weck fragt nach, ob auch Privatpersonen sie kontaktieren dürfen. Außerdem sei ihm aufgefallen, dass fast ausschließlich Frauen als Integrationsassistenten tätig sind.

Lt. Frau Vilgelmi seien 3 Männer als Integrationsassistenten tätig, was als große Hilfe empfunden wird. Sie sprechen Farsi, Türkisch und Rumänisch. Man sei auf der Suche nach weiterer männlicher Unterstützung.

Nach Auskunft von Frau Pintus können auch Privatpersonen anrufen, man lehne kaum etwas ab. Sie weist aber im Hinblick auf die Frage von Stv. Güler, dass es sich nur um punktuelle Hilfe handeln könne, darauf hin, dass Integrationsassistenten keine Familienbegleiter oder Berater seien, sondern Unterstützer. Der 1. Schritt ist z. B. das Dolmetschen, dann werden weitere Schritte festgelegt, z. B. die Begleitung zu einem Integrationskurs.

Frau Rudolph fügt hinzu, dass 50 % vom Land und 50 % von der Landeshauptstadt Wiesbaden finanziert würden. Es seien aber strukturelle Veränderungen angedacht.

Auf Nachfrage von Vors. Spallek berichtet Frau Pintus, dass der Zuschuss der LHW momentan bei 40.000 € jährlich einschließlich der Overheadkosten liege. Man hoffe immer, dass man mit anderen Trägern abrechnen könne (z. B. Polizei).

Lt. Frau Rudolph läuft das Projekt 2013 aus und ist dann über 4 Jahre gelaufen. Die Kosten seien anfänglich auch durch die Schulung der Integrationsassistenten hoch gewesen. Jetzt müssten aber immer mal wieder Nachschulungen erfolgen.

Der Ausschuss bittet um Bericht zum gegebenen Zeitpunkt über die Weiterführung des Projektes.

Einstimmig

**0048            12-F-33-0077**

Fußgängerinformation über das Wiesbadener Original Waldemar Reichardt, genannt „Knoblauch-König“  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 24.05.2012 -

Stv. Schickel berichtet, dass es sich bei Herrn Reichardt nach seiner Einschätzung um das letzte in Wiesbaden lebende Original gehandelt habe. Es sei lobenswert, dass es die Plastik gäbe, aber Information zu Herrn Reichardt wären für Besucher/innen auf jeden Fall sinnvoll.

Lt. Stv. Dumont wurde Herr Reichardt nicht Knoblauch-König sondern Knoblauch-Waldemar genannt. Stv. Schickel kennt ihn eigentlich nur als „Knoblauch“.

Stv. Gaedeke weist darauf hin, dass das auch ein Thema für den Ortsbeirat gewesen wäre.

Aber nach Auskunft von Stv. Schickel habe sich der Ortsbeirat dieses Themas nicht angenommen.

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 12. Juni 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0049 12-F-03-0090**

Unterstützung der Partnerstadt Ocotal  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.06.2012 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag und möchte, dass ein soziales Projekt vor Ort in Ocotal refinanziert werden sollte.

Herr Baum (Hauptamt) berichtet, dass die Reisekosten vom Partnerschaftsverein Nueva Nicaragua getragen würden und nicht von der LHW.

Stv. Gaedeke schlägt vor, dass der Partnerschaftsverein unterstützt werden könnte.

Herr Baum weist darauf hin, dass der Partnerschaftsverein bezuschusst wird und diese Reisekosten geltend machen kann.

Vors. Spallek erklärt, dass es einen Sockelbetrag und 50 % der Sonderausgaben für den Verein gäbe.

Der Antrag hat durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0050 12-F-08-0076**

Christopher Street Day  
- Antrag von Linke&Piraten vom 05.06.2012 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag und berichtet, dass es sich nicht um eine Szeneveranstaltung handele, sondern die Veranstaltung würde dazu beitragen, Vorurteile abzubauen.

Stv. Schickel berichtet, dass sich diese Situation sicher nicht häufig wiederholen werde, aber man habe vor, den Antrag zu unterstützen. Stadtrat Imholz habe die Schirmherrschaft übernommen und man wolle zum Abbau von Vorbehalten beitragen. Die SPD werde dem Antrag zustimmen.

Vors. Spallek stellt klar, dass man keine Animositäten gegen den CSD habe, sondern die CDU sähe den Sinn und Zweck nicht, am Rathaus die Flagge zu hissen, da die Veranstaltung dort gar nicht stattfinde. Die CDU werde sich enthalten; dies sei aber keine inhaltliche Motivation.

Lt. Stv. Kisseler gehe es hier eher um den Symbolgehalt der Aktion. Er sei glücklich, dass es seiner Fraktion gemeinsam mit der SPD gelingen werde, den Antrag durchzubringen.

Stv. Dr. Wittkowski wirft ein, dass es in 3 Monaten eine zentrale Veranstaltung der Kurden oder des Ärztekongresses geben könne, wo es auch um Beflagging gehen könne. Wie soll man dann damit umgehen? Er befürchtet eine Inflation von Beflagging.

Stv. Seipel-Rotter möchte die kurdische Flagge nicht mit der Regenbogenflagge vergleichen.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 12. Juni 2012**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Apel schlägt vor, über andere Beflaggungen zu entscheiden, wenn entsprechende Anfrage kommen.

Nach Stv. Kisseler kann man die Flagge des CSD nicht mit z. B. dem Ärztekongress vergleichen. Ärzte waren sicher nicht längere Zeit Opfer von Diskriminierung, was aber bei Schwulen und Lesben auch heute noch ein Problem ist.

Für Stv. Hoffmann ist dies das Hauptargument - es ist für sie ein Zeichen der Unterstützung und Solidarität. Die Regenbogenflagge könne man mit anderen Flaggen nicht vergleichen.

Für Stv. Dumont du Voitel sollte das Rathaus neutral sein und nicht Partei ergreifen.

Stv. Schickel findet, dass man das Thema nicht so breit diskutieren sollte. Das Rathaus habe lange Zeit für Toleranz gestanden.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Enth. CDU

**0051            12-F-03-0089**

Bericht Partnerstädte  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.06.2012 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Frau Nollert (Hauptamt) berichtet, dass die Aktivitäten sehr umfangreich seien. Die Unterlagen könnten dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden. Alle Aktivitäten liefen beim Hauptamt zusammen, das mit den Partnerschaftsvereinen und den Partnerstädten in Kontakt steht.

Auf den Einwurf von Stv. Schickel, dass es hilfreich wäre, eine Übersicht über Partnerschaften, die brachliegen zu bekommen, weist Frau Nollert darauf hin, dass es keine inaktiven Partnerschaften gäbe. Gerade mit Gent und Montreux liefen ganz viele Aktivitäten wegen der bevorstehenden Jubiläen.

Stv. Dumont verweist auf eine umfangreiche Zusammenstellung aller Aktivitäten, die dem Ausschuss vorgelegen hat.

Auf Nachfrage von Stv. Güler erklärt Vors. Spallek, dass es Förderrichtlinien für die Partnerschaftsvereine gäbe - alle Vereine würden gleich behandelt, es gäbe z. B. Sockelbeträge. Es gäbe aber Partnerstädte, die keinen Verein gegründet haben.

Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0052            Bericht der Dezernentin**

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 12. Juni 2012**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Vors. Spallek weist darauf hin, dass in der Sitzung nach der Sommerpause ein Gespräch mit Vertretern der Tauhid-Gemeinde als Hauptpunkt der Sitzung geplant ist. Dieses Gespräch soll unter kompetenter Fachbegleitung mit Experten stattfinden.

Stadträtin Zeimetz erklärt, dass es sich wieder einmal gezeigt habe, wie wichtig die Integrationsvereinbarung ist. Man sollte den mit der Unterzeichnung der Vereinbarung eingeschlagenen Weg weitergehen.

Frau Rudolph berichtet zum aktuellen Sachstand, dass die Tauhid-Gemeinde in Bezug auf die Auftritte der Salafisten keinen Widerspruch zur Integrationsvereinbarung sehen. Sie sehen sich im Einklang mit der Vereinbarung. Das Mitglied des Vorstand, das diese Meinung in der Pressemitteilung vertreten hat, ist mittlerweile zurückgetreten.

Für den 22.06. ist ein Gespräch zwischen Stadträtin Scholz, 5 Mitgliedern des Vorstands, 1 Vertreter des Verfassungsschutzes unter Einbeziehung von Polizei und einer Wissenschaftlerin über muslimisches Leben geplant. Die Tauhid-Gemeinde soll sich zu dem Thema Salafisten erklären. Andere Gemeinden haben sich klar distanziert. Der Druck und der Einfluss der Salafisten begleitet alle Gemeinden; der Erwartungsdruck der Jugendlichen lastet auf allen Gemeinden.

Auch Vors. Spallek hält das Gespräch mit Experten und Vertretern der Gemeinde für sinnvoll. Die Integrationsvereinbarung soll kein zahnloser Tiger sein, vielleicht sollte man die Zügel etwas mehr anziehen. Die LHW sollte sich vor allem positionieren.

Einstimmig

**0053            12-V-01-0010**

Gleichstellung der Vergünstigungen für Inhaber Jugendleiter-Card (JULEICA) mit den Vergünstigungen für Inhaber der Ehrenamts-Card

Stv. Kisseler findet es grundsätzlich gut, dass die Vergünstigungen angeglichen werden, möchte aber wissen, ob die Vergünstigungen kumulativ sind oder nicht. Bei Caligari einen Euro als Ermäßigung zu gewähren wäre nach seiner Meinung sinnlos, weil man als Schüler oder Student diese Vergünstigung ohnehin hat.

Nach Auffassung von Vors. Spallek arbeite man doch nicht ehrenamtlich, um eine JULEICA zu bekommen. Wenn man mit dem Studi-Ausweis noch größere Vergünstigungen bekäme, könnte man dies ja nutzen.

Lt. Stv. Schickel dürfte doch der halbe Eintrittspreis in die Schwimmbäder am interessantesten sein.

Stv. Kisseler findet es aber trotz allem ein bisschen schwierig. Die ehrenamtlich Tätigen machen sicher ihre Arbeit auf jeden Fall. Aber wenn sich für die Betroffenen durch die Angleichung der Vergünstigungen nichts ändert, hat diese Sitzungsvorlage keinen Sinn.

Lt. Stv. Schickel wird doch der derjenige, der die Karte hat und gleichzeitig Student o.ä. ist doch so clever sein und das Beste für sich in Anspruch nehmen.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 12. Juni 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen bittet um Klärung bis zur Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung.

Die Federführung für diese Angelegenheit hätte eigentlich beim Ausschuss für Soziales und  
Gesundheit gelegen. Der Ausschuss tagt aber vor der Sommerpause nicht noch einmal zusätzlich.

Einstimmig

**0054 12-V-07-0006**

Fortführung des Sicherheitskonzeptes für den Kulturpark, sowie des sozialpädagogischen  
Konzeptes des Amtes für Soziale Arbeit

Enth. Linke&Piraten

**0055 12-V-30-0002**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II  
(Wiesbaden-Biebrich)

Einstimmig

**0056 12-V-30-0003**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I

Einstimmig

**0057 12-V-30-0005**

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden  
VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

Einstimmig

**0058 12-V-30-0006**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V  
(Wiesbaden-Erbenheim)

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 12. Juni 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0059 12-V-10-0015**

Evaluierungsergebnisse und neue Öffnungszeiten;  
Einführung des neuen elektronischen Personalausweises

Stadträtin Zeimetz berichtet, dass die Diskussion um die Öffnungszeiten schon etwas älter ist. Die Öffnungszeiten mussten angepasst werden, da bereits um 8 Uhr viele Menschen vor dem Bürgerbüro Schlange standen.

Man musste die Öffnungszeiten nach vorne schieben und dafür abends früher schließen. Jetzt ist nur noch am Mittwoch bis 20 Uhr geöffnet.

Die Einführung des neuen elektronischen Personalausweises hat das Bürgerbüro zusätzlich in große Not gebracht, weil sich die Bearbeitungszeit drastisch erhöht hat. Der Bedarf für die seinerzeit befristeten zusätzlichen Kräfte bestehe immer noch.

Stv. Schickel erklärt, dass man immer auf Seiten des Dezernates war. Er fragt nach dem Verlauf der Haushaltsberatungen.

Stadträtin Zeimetz erklärt, dass man alles mit „Bordmitteln“ hinbekäme, der Bedarf für die beiden Vollzeitäquivalente aber gegeben sei.

Einstimmig

**0060 Verschiedenes**

Vors. Spallek weist noch einmal darauf hin, dass in der Sitzung nach der Sommerpause die Tauhid-Gemeinde Hauptthema sein wird.

Stv. Kisseler weist darauf hin, dass durch die Auflösung und Neubenennung der Ausschüsse auch der Sonderausschuss „Öffentliche Einrichtungen“ neu gebildet werden muss.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 20.07.2012

**Vorsitzender**

**Schriftführer**

**Weitere Schriftführerin**

Spallek

Weck

Koba

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 12. Juni 2012

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---